

## **Angebotsmieten sind seit 2012 jährlich um 3,6 Prozent pro Jahr gestiegen**

### **Ratsherr Daniel Wunsch: Mietenwahnsinn macht sich auch in Hameln breit**

Mittwoch 25. September 2019 - **Hameln (wbn). Die Stadt Hameln ist von drastischen Mietsteigerungen betroffen. Die Angebotsmieten sind seit 2012 jährlich um 3,6 Prozent pro Jahr gestiegen.**

Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage des LINKEN-Bundestagsabgeordneten Victor Perli zur Mietenentwicklung in den 14 größten Städten Niedersachsens hervor. Im Jahr 2012 zahlten Wohnungssuchende noch eine durchschnittliche Kaltmiete von 4,78 Euro pro Quadratmeter, im Jahr 2018 sind die Mieten bereits auf 5,9 Euro pro Quadratmeter geklettert.

Fortsetzung von Seite 1 Dies entspricht einer Steigerung von rund 23 Prozent. Neben Hameln sind auch die anderen Städte von teils drastischen Mietsteigerungen betroffen, am teuersten sind Lüneburg und Göttingen. In Wolfsburg sind die Mieten von 2012 bis 2018 mit 63,1 Prozent am stärksten gestiegen. Die Partei DIE LINKE fordert deshalb eine gesetzliche Deckelung der Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt. „Die aktuellen Mieten sollen als Sofortmaßnahme nach Berliner Vorbild für fünf Jahre eingefroren und zugleich regionale Höchstmieten festgelegt werden“, sagte Bundestagsabgeordneter Perli. „Besorgt über die neuesten Zahlen zeigt sich auch Ratsherr Daniel Wunsch (DIE LINKE): „Der Mietenwahnsinn macht sich langsam auch in Hameln breit. Es ist nicht hinnehmbar, dass viele Menschen mit normalen Einkommen Schwierigkeiten haben bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Mieterinnen und Mieter werden schleichend enteignet, indem sie immer mehr von ihren Löhnen und Renten für die Wohnung ausgeben müssen“, kritisiert Wunsch. Ein Mietendeckel sei nötig, um vor Verdrängung und Armut zu schützen. In Berlin wird der von den LINKEN initiierte Mietendeckel nach jetzigem Stand im Januar 2020 in Kraft treten. Die LINKEN-Politiker kündigten neben Anträgen im Bundestag und im Stadtrat auch Protestaktionen gegen Mietwucher und Wohnungsnot an.

Transparenzhinweis der Redaktion: Der Text beruht auf einer Mitteilung des Bundestagsabgeordneten Victor Perli, Mitglied im Haushaltsausschuss.